

Antwortformular

Vernehmlassung zur Teilrevision der Verordnung zum Wahl- und Abstimmungsgesetz

FDP.Die Liberalen Zug
Geschäftsstelle
6300 Zug

Ramona Koller info@fdp-zg.ch

Vorschläge für Änderungen zum Verordnungstext bitte in die untenstehende Tabelle eintragen

§	Antrag	Begründung
1	Kein Antrag	
2	Kein Antrag	
5	Kein Antrag	
7 Abs. 1	Kein Antrag	
8	Kein Antrag	
11 Abs. 1 Bst. a-c	Kein Antrag	
11 Abs. 1 Bst. b	Kein Antrag	
11 Abs. 4	Kein Antrag	Die Erweiterung mit «Hilfskräften» schliesst nun alle im Stimmbüro anwesenden Personen mit ein. Dies muss sichergestellt werden.
12 Abs. 1	Kein Antrag	
14 Abs. 2	Kein Antrag	
15 Abs. 1	Kein Antrag	
22 Abs. 2	Kein Antrag	
25 Abs. 3	Kein Antrag	
27	Kein Antrag	
29 Abs. 1	Kein Antrag	
29a	Bereitstellung muss für die «kleineren» Gemeinden freiwillig bleiben.	Die Pflicht bezieht sich nur auf Einwohnergemeinden. Die Bereitstellung von barrierefreien Abstimmungsunterlagen wie Audiodateien muss für die Gemeinden freiwillig sein (Einwohnergemeinde, Bürgergemeinde, Kirchgemeinde). Das ist wichtig. Ansonsten hier ein nichtkalkulierbarer finanzieller Aufwand getrieben werden muss. Die Gemeinden sollen selber entscheiden können. Eine Ausweitung auf Gemeindeversammlungen ist nicht nötig und zu vermeiden.
32 bis	Kein Antrag	
35	Kein Antrag	
38 Abs. 2	Kein Antrag	
38 Abs. 1 und 3	Kein Antrag	
38 Abs. 2	Kein Antrag	
41 Abs. 1a (neu)	Kein Antrag	
43	Kein Antrag	

47b Abs. 4	Kein Antrag	
47b Abs. 5	Kein Antrag	
47c Abs. 1	Kein Antrag	
48 Abs. 1	Kein Antrag	
50	Kein Antrag	
53	Kein Antrag	